



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 22. Oktober 2018
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

P 629 Postulat Meyer Jörg und Mit. über ein Anrecht der Luzerner Bevölkerung auf die Bundesgelder der individuellen Prämienverbilligung (IPV) / Gesundheits- und Sozialdepartement

Das Postulat P 629 wurde auf die Oktober-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.

Jörg Meyer hält an der Dringlichkeit fest.

Jörg Meyer: Bei der individuellen Prämienverbilligung (IPV) handelt es sich um ein Thema von ausserordentlicher politischer Wichtigkeit und entsprechend von öffentlichem Interesse. Die vom Kanton vorgeschlagene Praxis benötigt eine Korrektur. Daher erfüllt das Postulat die Dringlichkeitskriterien. Diese Fragen können auch nicht einfach anlässlich der Budgetdebatte beantwortet werden. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Christina Reusser: Die Grüne Fraktion stimmt der dringlichen Behandlung zu. Die Fragen bedürfen einer vertieften Antwort und können nicht einfach anlässlich der Budgetdebatte geklärt werden.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Die Dringlichkeitskriterien werden nicht erfüllt. Zudem liegen für die Budgetdebatte bereits Anträge zur IPV vor. Ich bitte Sie, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 92 zu 23 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.